



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919-

XXXVI. Der zweite Balkankrieg (Januar bis Mai 1913)

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77071](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77071)

XXXVI

Der zweite Balkanrieg
* (Januar bis Mai 1913) *

Friedenskongreß in London. Wiederausbruch des Krieges	237
Ausgleich des österreichisch-russischen Gegensatzes .	241
Verlauf des zweiten Balkankrieges	246
Belagerung Skutariß. Schwäche des Wiener Kabinetts	249
Die Entscheidung der Botschafterkonferenz	253
Österreich-Ungarn und die großserbische Bewegung	255

Friedenskongreß in London. Wiederausbruch des Krieges

Die Aussichten auf einen baldigen Friedensschluß schienen nicht ungünstig, weil der Pforte die Kraft zu fernem Widerstande nicht zugemutet wurde. Der Spruch der Weltgeschichte war gefällt: was auch das Schicksal einzelner Gebiete und fester Plätze, besonders Adrianopels, werden mochte, wie immer die eroberten Gebiete unter die Sieger aufgeteilt werden würden, jedenfalls waren Mazedonien, Altserbien, Albanien und der Epirus für die Türkei verloren. Aber so bedeutungsvoll dieser Ausgang auch war, dahinter stand eine größere Schwierigkeit, und das war der Gegensatz zwischen Osterreich-Ungarn und Rußland, da ein Zusammenstoß dieser Mächte den ganzen Erdteil in seinen Wirbel zu reißen drohte, während der Balkankrieg selbst räumlich begrenzt werden konnte.

Darin, daß die Friedensverhandlungen zu London geführt wurden, kam die beherrschende Stellung Englands zum Ausdruck, ebenso wie der Kongreß von Paris 1856 für das Übergewicht Frankreichs, der von Berlin 1878 für das Deutschlands Zeugnis abgelegt hatte. In London kam man schwieriger von der Stelle, weil eine Doppelverhandlung vor sich ging, der Friedenskongreß der kriegführenden Staaten auf der einen Seite und daneben die Botschafterkonferenz der Großmächte. Die Befugnisse der zwei Versammlungen waren ziemlich genau abgegrenzt. Der Kongreß hatte den Umfang der Abtretungen der Türkei festzusetzen, während den Botschaftern von den siegesfrohen Staaten nur zwei Angelegenheiten überlassen waren, Albanien's künftige Grenzen und die Aufteilung der Inseln des Ägäischen Meeres. Der Balkan-

bund hatte durchgesetzt, daß bei den Kongreßentscheidungen keine der Großmächte eine Stimme hatte, nur wurde dem britischen Staatssekretär der Ehrenvorsitz eingeräumt. Die Botschafterkonferenz dagegen wurde von Grey geleitet nach dem diplomatischen Brauche, daß der Vorsitz immer dem Staate zukommt, auf dessen Gebiet die Verhandlung stattfindet. Damit rückte Grey an die erste Stelle im europäischen Konzert, und er handhabte, wie allgemein anerkannt wurde, den Kapellmeisterstab mit Geschicklichkeit und Takt. Dadurch stieg auch sein Ansehen im eigenen Lande; auch die Radikalen waren mit seiner versöhnlichen Führung der Geschäfte einverstanden, zumal seine Geheimpolitik, darunter der Vertrag mit Frankreich, unbekannt war.

Indessen fiel dieser Erfolg dem englischen Staatssekretär erst nach Wochen und Monaten zu, während der erste Abschnitt der Londoner Verhandlungen mit einem Mißklänge schloß. Das lag an den vom Balkanbund gestellten hohen Forderungen. Die Siegerstaaten wollten nicht bloß ihre Eroberungen behalten, sondern beanspruchten außerdem die Übergabe der drei noch nicht gefallenen Festungen Adrianopel, Skutari und Janina. Besonders schmerzhaft war für die Türkei der drohende Verlust Adrianopels, des Bollwerks der Hauptstadt. Da die Pforte die Abtretung rundweg verweigerte, brach der Balkanbund die Verhandlung ab und der Kongreß fand am 7. Januar sein vorläufiges Ende.

Dagegen setzte die Botschafterkonferenz ihre Arbeiten fort und gab sich Mühe, den Wiederausbruch des Krieges zu verhindern. Bei den Großmächten vereinigten sich die verschiedensten Gründe, um einen baldigen Frieden auf der Balkanhalbinsel zu wünschen, für den doch auch menschliche Rücksichten sprachen. Den meisten Kabinetten wäre es unlieb gewesen, wenn die Bulgaren ihren Siegeszug fortgesetzt und Konstantinopel in Besitz genommen hätten. Gerade den Russen mußte die bulgarische Herrschaft über die Meerengen noch widerwärtiger sein, als die türkische, denn der neue Pfortner hätte den Bosphorus in festere Hut genommen als der frühere. Die russische Regierung gönnte den Bulgaren Adrianopel; darüber hinaus wäre ihnen aber ein Riegel

vorzuschieben. Die zwei Mittelmächte hätten bei einem Tausche der Herrschaft über die Meerengen zwar nichts verloren, aber sie neigten zu den Türken und wollten ihnen einen Rest ihres europäischen Besitzes erhalten. Den Franzosen und den Engländern endlich war die Lösung der Gebietsfragen auf dem Balkan verhältnismäßig gleichgültig, selbst das Schicksal Konstantinopels nicht eine Angelegenheit erster Ordnung. Für Frankreich waren die Wünsche Rußlands maßgebend, den Briten wenigstens sehr wichtig, da sie den Zaren im Dreiverbände festhalten wollten. Die Herstellung eines baldigen Friedens auf dem Balkan lag den drei Randmächten in erster Linie deshalb am Herzen, weil sie dem Balkanbunde noch eine große Aufgabe zudachten; er sollte an der Umklammerung Mitteleuropas teilnehmen, oder besser gesagt, den Ring schließen.

Wenn dieses Ziel erreicht wurde, war Österreich-Ungarn am nächsten bedroht; deshalb arbeitete das Wiener Kabinett an der Lockerung und dem Zerfall des Balkanbundes. Dagegen war Grey unermüdlich an dem Ausgleich der Gegensätze, an der Verständigung unter den christlichen Balkanstaaten, tätig. Bei dieser Arbeit entwickelte er, solange es anging, Geduld und Sanftmut, zuletzt aber eine bis zum Hochmut gesteigerte Schärfe, beide Male zur richtigen Zeit. In den Augen der Welt hatten somit die Randmächte eine bessere Stellung, denn von ihnen, in erster Linie von Grey, war die Herstellung des Balkanfriedens zu erwarten.

Die Regierungen des Dreiverbandes hatten es nicht nötig, der Öffentlichkeit ihre wahren Triebfedern bekanntzugeben; sie versicherten vielmehr, ihnen sei es vor allem um das Ende des Blutvergießens zu tun. Allgemein fand man es natürlich, daß die Türkei zu diesem Behufe ein Opfer brächte; in der Botschafterkonferenz tauchte also der Gedanke auf, die Pforte solle und müsse Adrianopel herausgeben. Dafür waren von vornherein die Randmächte und Italien, worauf auch Deutschland und Österreich-Ungarn mit nicht geringer Selbstüberwindung zustimmten. Da das Berliner Kabinett der Welt seinen Friedenswillen beweisen wollte, gab es die Pforte preis, so daß

Osterreich-Ungarn klein begeben mußte. Kiderlen-Wächter war Ende Dezember plötzlich gestorben; ob er die eintretende Entgleisung noch mitverschuldet hat, ist unbekannt.

Die Botschafterkonferenz einigte sich auf eine Note, die auf Anregung der Mittelmächte zwar eine gewisse Milderung erfuhr, am 17. Januar jedoch der Pforte übergeben wurde. Der Umfall der Freunde der Türkei war häßlich, und nur mit tiefem Widerstreben vollzog der deutsche Botschafter in Stambul, Freiherr von Wangenheim, den ihm erteilten Auftrag. Die Pforte, von aller Welt im Stiche gelassen, hielt die Unterwerfung für unabweislich, was der Großwesir Kiamil Pascha, nach Anhörung eines aus den höchsten türkischen Würdenträgern bestehenden Rates der Alten, die Mächte am 22. Januar 1913 wissen ließ.

Da trat in Konstantinopel ein jäher Umschwung ein. Den osmanischen Patrioten brannte die Schmach eines derartigen Friedensschlusses auf der Seele, und unter ihnen befand sich ein Mann, ein Held, bei dem Entschluß und Tat eins war. Enver Bey hatte sich 1908 an der Erhebung gegen Abdul Hamid beteiligt, dann aus eigener Wahl den Posten eines Militärbevollmächtigten in Berlin mit der Führerrolle im Kampfe um Tripolis vertauscht. Heimgekehrt, war er Zeuge des Unglücks seines Landes und der Schwäche der Regierung; er gewann die jungtürkische Partei für einen Anschlag auf das Ministerium Kiamil Pascha. Am 23. Januar zogen mehrere tausend Menschen vor den Palast des Großwesirs; Oberst Enver Bey drang ein und zwang Kiamil, sein Abschiedsgesuch zu unterzeichnen, worauf er zum Sultan eilte. Leicht erhielt er von diesem die Zustimmung zur Entlassung des Kabinetts. Unterdessen hatte der Kriegsminister Nasim Pascha Truppen um seinen Palast in der Absicht zusammengezogen, den Aufstand niederzuschlagen. Aber Enver Bey wurde bei seinem Erscheinen von den Soldaten ehrfurchtsvoll begrüßt und mit seinen Begleitern von ihnen zum Kriegsminister durchgelassen. Beim Eintritt in dessen Gemach empfingen ihn die Adjutanten des Ministers mit Revolverschüssen, die sofort erwidert wurden; Nasim Pascha und seine Offiziere fielen im

Sumult. Unmittelbar darauf wurde Mahmud Scheffet Pascha zum Großwesir und Kriegsminister ausgerufen, wodurch die jungtürkische Partei wieder zur Macht kam. Die vom Balkanbunde gestellten Friedensbedingungen wurden abgelehnt, worauf Bulgarien und Serbien am 3. Februar wieder zu den Waffen griffen.

*

Ausgleich des österreichisch-russischen Gegensatzes

In Petersburg sah man die Erneuerung des Krieges mit Mißbehagen, da der Bulgarenkönig kein Hehl daraus machte, daß er in Konstantinopel einzuziehen beabsichtige. Als ihm die russische Regierung ihre Unzufriedenheit ausdrückte, berief er sich auf das stürmische Verlangen seines Heeres und versicherte, er werde nach der Einnahme Konstantinopels nur zwei Tage daselbst weilen, um seinem Volke eine Genugtuung zu bereiten. Unwillig ließ Sasonow dem bulgarischen Gesandten sagen, er brauche ihn nicht zu besuchen, da dessen Regierung doch tue, was ihr gut dünke.

Diese mißliche Erfahrung war ein Grund mehr, weshalb der Eifer des Petersburger Kabinetts für die christlichen Balkanstaaten erkaltete. Rußland hatte nur das Interesse, Serbien und Montenegro nicht unter die Botmäßigkeit Osterreich-Ungarns geraten zu lassen. Das war auch der Antrieb zu den großen vom Zaren bei Ausbruch des Balkankrieges angeordneten Rüstungen gewesen; die Donaumonarchie sollte von der Einmischung in den Balkankrieg abgeschreckt werden. Um Neujahr 1913 wurde die Zahl der zu den Fahnen berufenen russischen Reservisten auf eine Million geschätzt; am 8. Januar befahl der Kriegsminister, diese angeblich zu einer Probemobilisierung eingezogenen Mannschaften bis August im Dienste zu behalten.

Indessen wollte Rußland nur verhindern, daß Österreich-Ungarn den Balkanstaaten das Gesetz auferlege; sonst wurden die kleinen slawischen Brüder mehr benützt als gestützt. Im Januar erhielt die serbische Regierung die Mitteilung, daß ihre Ansprüche auf einen albanischen Hafen nicht unterstützt werden könnten, da der Widerstand Österreich-Ungarns und Italiens nicht zu überwinden sei. Damit war eine Schwierigkeit aus dem Wege geräumt, aber der Streit um Fehen albanischen Landes dauerte fort. Montenegro warf sein Auge auf Skutari, die größte Stadt Albaniens; Serbien auf die Hochfläche Ostalbaniens, mit den Städten Diakowa, Ipék und Prizrend; Griechenland lugte von der bereits besetzten Insel Saseno auf den Hafen von Valona aus. Wurden diese Wünsche erfüllt, so blieb den Albanesen nur mehr ein wirtschaftlich wertloses Karstland, etwas größer zwar als Montenegro, aber schwächer als dieses, weil hier ein nationales Fürstenhaus waltete. Mehrere Monate feilschten die Kabinette von Wien und Petersburg um die einzelnen Städte, eine Verhandlung, die der panslawistische Chorus in Moskau und Petersburg mit blutrünstigen Drohungen gegen Österreich-Ungarn begleitete. Zunächst ließ die russische Regierung die Gebrüder gewähren, um in Wien behaupten zu können, daß sie bei der bedenklichen Erregung der Geister nicht nachgeben könne. So verschob sich der Schnittpunkt der österreichisch-ungarischen und der russischen Bestrebungen an die Küste der Adria, wo Rußland im Grunde nichts zu suchen hatte. Das Ringen um Gestalt und Grenzen des zu schaffenden Albanien galt keinem wirklichen Interesse des Zarenreiches, sondern war eine überflüssige Kraftprobe, die das Schlimmste besorgen ließ, wenn sich jeder Teil versteifte.

Aus diesem Wirrsal einen Ausweg suchend, sandte das Wiener Kabinett den Prinzen Gottfried von Hohenlohe, den späteren Botschafter in Berlin, nach Petersburg. Er überbrachte dem Zaren ein Handschreiben des Kaisers Franz Josef, fand aber anfangs unfreundliche Aufnahme. Sasonow sprach beim ersten Zusammentreffen mit ihm so hochmütig, daß Hohenlohe das Gespräch abbrach und erklärte, unter

folchen Umständen wäre eine Verhandlung fruchtlos. Diesem unfreundlichen Anfange folgte jedoch am 4. Februar eine günstig verlaufende Audienz Hohenlohes beim Zaren, worauf Sasonow mildere Saiten aufzog. Dann empfing der Zar den Prinzen am 8. Februar noch einmal und die zwei Unterredungen hatten, ohne daß etwas Bestimmtes abgemacht wurde, das Ergebnis eines Nachlassens der Spannung. Der Zar zeigte sich friedenswillig, aber von Mißtrauen erfüllt. So fragte er Hohenlohe, ob es wahr sei, daß der österreichische Thronfolger gesagt habe, sein sehnlichster Wunsch sei der Einmarsch in Rußland an der Spitze seiner Truppen. Man sieht, daß die russische Kriegspartei das Verhältnis durch derartige Gerüchte zu vergiften bemüht war, denn Erzherzog Franz Ferdinand war damals im Sinne des Friedens tätig und lag deshalb mit dem Chef des Generalstabes, Conrad von Höhendorf, im Zwist. Die Gespräche im Zarenpalaste drehten sich um die Rüstungen, die Nikolaus II., soweit es sich um Rußland handelte, als unbedenklich hinstellte, wieder betonend, sie wären nur erfolgt, um zu verhindern, daß Osterreich-Ungarn den südslawischen Staaten die Siegesbeute entreiße. Beruhigend war, daß Nikolaus II. wiederholte, er wirke immer mäßigend auf Serbien ein — ob er denn nicht genug für Osterreich-Ungarn getan habe, indem er das Belgrader Kabinett vermochte, die Räumung der albanischen Küste zu versprechen? Und er bürge dafür, daß Serbien sein Versprechen halten werde. Die Gespräche endeten mit gegenseitigen Versicherungen ehrlichen Friedenswillens, deren Übermittlung an den Kaiser von Osterreich vom Zaren mit einer gewissen Herzlichkeit verlangt wurde.

Als Prinz von Hohenlohe am 10. Februar in Wien anlangte, berichtete er, sein Eindruck von der Stimmung in Petersburg sei der, daß alles von der Bereitwilligkeit Osterreich-Ungarns zur Demobilisierung abhängе; sonst müsse man sich auf Krieg gefaßt machen. Dementsprechend wandten sich die Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg diesem Gegenstande zu und nahmen einen günstigen Verlauf. Gleichzeitig wich die russische Regierung in der albanischen Angelegenheit wieder einen Schritt zurück. Sie teilte der Londoner Kon-

ferenz ihre Bereitwilligkeit mit, Skutari bei Albanien zu belassen, unter der Bedingung, daß Diakowa, Ipek und Prizrend davon abgetrennt würden. Die Nachricht, daß Skutari den Montenegrinern entgegen werde, schlug bei den Panflawisten wie eine Bombe ein; dröhnende Proteste wurden zu Moskau in Versammlungen und Straßenaufzügen erhoben, die „Nowoje Wremja“ forderte ironisch, die Sängerbücke in Petersburg, an der sich das Ministerium des Äußeren befand, solle auf den Namen Berchtoldbrücke umgetauft werden. Indessen behielt Sasonow, dessen Rücktritt auch von einigen Großfürsten gefordert wurde, mit Hilfe des Ministerpräsidenten Kowzew die Oberhand. Da der Zar seinen Ministern zustimmte, machten sie mit den unbequem gewordenen Lärmern nicht viel Federlesens und verboten jede Art nationalistischer Rundgebung. Sofort trat Stille ein, da der Panflawismus damals in den Massen ebensowenig Wurzel besaß wie früher. Während die zähe Verhandlung über Albanien weiter vonstatten ging, kam es in der wichtigeren Abrüstungsfrage zur Einigung. Die deutsche Regierung vermittelte eifrig. Kaiser Wilhelm schrieb am 24. Februar 1913 an den österreichischen Thronfolger einen verständigen Brief, in dem es hieß:

„Ich möchte glauben, daß Ihr die allmähliche Rückgängigmachung der getroffenen Maßnahmen unbedenklich ins Auge fassen könntet, natürlich unter der Voraussetzung, daß Rußland dasselbe tut. Das würde aber nach meinen Nachrichten zweifellos auch eintreten. Vielleicht hat die Mission von Hohenlohe in dieser Hinsicht schon die Wege geebnet. Ich würde es sehr begrüßen. Osterreich-Ungarn würde dadurch der Welt beweisen, daß es nicht nervös ist, und zugleich die Sympathie aller auf seine Seite ziehen.“

So sagten sich die Kabinette von Wien und Petersburg am 11. März gegenseitig zu, die an den Grenzen der beiden Reiche angeordneten Mobilisierungen rückgängig zu machen. Das war ein Sieg der Vernunft über das gegenseitige Mißtrauen und ein Ende von Millionenausgaben, die insbesondere die schwachen österreichisch-ungarischen Finanzen hart belasteten. Indessen hörte das Rüstungsfieber da-

mit nicht vollständig auf. Da die Montenegriner Skutari trotz allen schönen Zusagen Rußlands weiter belagerten und die Serben aus Durazzo und sonst aus Albanien noch immer nicht abzogen, blieb es bei den militärischen Maßnahmen Osterreich-Ungarns an der Grenze der beiden Staaten. Doch machte das Wiener Kabinett einen entgegenkommenden Schritt. Es beharrte zwar darauf, daß Skutari und Diakowa Albanien einzuverleiben wären, gab aber Prizrend und Spet preis. Diakowa blieb noch einige Zeit der Zankapfel. Die deutsche Regierung wünschte jedoch einen rascheren Verlauf und erklärte in Wien, es sei dem Deutschen Reiche, bei all seiner Bündnistreue, in der es nie wanken werde, nicht zuzumuten, um Diakowas willen einen Krieg gegen Rußland zu führen. Es wird noch Gelegenheit sein, auf das Verhalten des Berliner Kabinetts zurückzukommen, besonders auch auf die unangenehme Überraschung, die der neue deutsche Staatssekretär, Jagow, dem österreichischen Minister bei ihrer im März 1913 stattfindenden Unterredung bereitete. Diesem Drucke folgend, wurde man in Wien zuletzt weich, und Berchtold erklärte am 20. März, er bestehe nicht länger auf seiner Forderung, wenn er auch nochmals betonte, daß die an Serbien überlassene Hochfläche mit Diakowa, Spet und Prizrend überwiegend von Albanesen bewohnt sei. Für Albanien waren aber doch Skutari und Durazzo mit der übrigen Küste gerettet.

Das war der Inhalt des von der Londoner Botschafterkonferenz einhellig gefaßten Beschlusses über die Grenzen Albaniens. Alle Welt beglückwünschte Sir Edward Grey zu dem Ergebnisse; schon am 10. März gab ihm der Premierminister das Zeugnis, er leite die Konferenz mit „beispielloser Geduld, Entschlossenheit, Bestimmtheit und Umsicht“. In dieser Krise arbeitete das Londoner Kabinett mit dem Berliner oft zusammen, in der Art, daß Deutschland in Wien mäßigend einwirkte, während die englische Diplomatie auf der anderen Seite in Petersburg wie bei den Balkanstaaten zur Nachgiebigkeit riet. Die Beziehungen zwischen den zwei Machtgruppen, so erklärte Asquith in jener Rede, seien herzlicher geworden, wenn auch jede von ihnen unverändert so blieb, wie sie war. Die Verständigung über die

Balkanangelegenheiten sei ein sehr angenehmer Zug der jüngsten Geschichte gewesen, und darin habe England in gemeinsamem Wunsche mit Deutschland zusammengearbeitet.

*

Verlauf des zweiten Balkankrieges

Unterdessen versuchten die Türken noch einmal das entschwindende Kriegsglück zu halten. Das führte zu den Kämpfen vom 7. Januar bis zum 16. April 1913, die den Verbündeten viel, aber nicht alles Erstrebt brachten. Das Wichtigste war, ob es dem bulgarischen Heere gelingen werde, sich Konstantinopels zu bemächtigen. Während des Waffenstillstandes hatten die Türken die die Hauptstadt deckende Tschataldscha-Linie noch stärker befestigt und die Bulgaren sahen ein, daß sie sich bei einem Stirnangriffe wieder blutige Köpfe holen würden. Sie wandten sich also vorerst nicht gegen die Halbinsel, auf der Stambul liegt, sondern gegen die von Gallipoli, von der die Dardanellen beherrscht werden. Fiel Gallipoli, so konnte die griechische Flotte ins Marmarameer eindringen und Konstantinopel wurde dann von der Land- wie von der Seeseite bedrängt. Es war nun ein Wendepunkt im Schicksal Bulgariens, daß der Anschlag auf die Halbinsel von Gallipoli mißlang, da die Türken dort, wo die Halbinsel sich vom Festland löst, kräftig widerstanden. Enver Bey als Generalstabschef begnügte sich aber nicht mit der Verteidigung, sondern führte eine Heeresabteilung nach Scharköj in den Rücken der bulgarischen Armee, um sie ins Meer zu werfen. Aber auch sein Angriff mißlang, womit der Kampf zum Stehen kam. Wenngleich Enver Bey nicht einen Umschwung herbeizuführen vermochte, ging aus diesen Kämpfen doch hervor, daß die militärische Kraft der Türken nicht gebrochen war. Auch zeigte sich, daß die Bulgaren so unwiderstehlich nicht waren, wie sie sich schmeickelten; die Blutverluste im ersten Abschnitte des Krieges hatten

sie sehr geschwächt. Im Rate König Ferdinands war sein Generalstabschef Fidschew in mäßigendem Sinne tätig, während General Sawow den König nach wie vor in ehrgeizigen Entwürfen bestärkte.

Ebensowenig kam es auf dem Meere, auf dem die hellenische Flotte das Übergewicht behauptete, zur Entscheidung. Schon im Spätherbste 1912 bemächtigten sich die Griechen der Inseln Tenedos, Lemnos und Thasos; dem Waffenstillstande traten sie, wie erzählt wurde, nicht bei, setzten vielmehr den Angriff fort und eroberten Lesbos und Chios. Während dieser Vorgänge hielt sich das türkische Geschwader, da dessen Befehlshaber von einer Ausfahrt das Schlimmste befürchtete, vorsichtig in den Dardanellen. Als dann in Stambul der kriegerische Umschwung eintrat, wurde ein energischer Admiral, Ramsi Bey, eingesetzt; dieser lief mit seinen Schiffen am 16. Dezember aus, stellte sich mutig zum Kampfe, wurde aber zur Rückkehr genötigt; nicht anders erging es ihm am 18. Januar. Bloß dem türkischen Kreuzer „Hamidije“ waren schöne Erfolge beschieden. Er schlüpfte durch die griechische Blockade ins Ägäische Meer und kreuzte bald hier, bald wieder in der Adria; er störte den griechischen Handel, beschoß Küstenplätze und bohrte Truppentransporte der Verbündeten in den Grund.

So tapfer sich die Türken auch zur Wehr setzten, so geschah auf der Balkanhalbinsel doch das Unabänderliche. Von den drei noch aufrechten Festungen Adrianopel, Janina und Skutari fiel eine um die andere. Zuerst Janina. Von den Griechen unter dem Kronprinzen Konstantin hart bedrängt, mußte die von Munition und Lebensmitteln entblößte Festung am 6. März übergeben werden; 20 000 Türken wurden gefangengenommen, 11 000 jedoch schlugen sich in die unwirtlichen Gebirge von Albanien und Epirus durch, den Widerstand unter harten Entbehrungen fortsetzend. Der griechische König Georg konnte sich nur kurze Zeit des Sieges freuen; am 18. März wurde er zu Saloniki von einem Geisteskranken durch einen Revolverschuß getötet. Bei dem neuen Könige Konstantin ruhte das Zepter in sicherer Hand.

Am 26. März erlag auch Adrianopel, dessen Belagerung am 22. Oktober 1912 begonnen hatte. Die Besatzung besaß in Schüfri Pascha

einen unerschrockenen und kriegsfundigen Befehlshaber, der in zahlreichen, mitunter glücklichen Ausfallgefechten den Feinden hart zusetzte. Die Einschließung war auch während des Waffenstillstandes nicht unterbrochen, alle Zufuhr abgeschnitten gewesen. Nach dessen Ablauf beließ sich die Belagerungsarmee auf 90—100000 Mann, hauptsächlich Bulgaren, zu denen ein serbisches Korps gestoßen war. Die Artillerie des Verteidigers, der mit seiner Munition immer sparsamer umgehen mußte, wurde niedergelämpft, so daß die Forts nicht mehr Widerstand leisten konnten. Der Hauptsturm begann am 26. März und führte am Vormittag zum Falle eines Teiles der Forts. Darauf mußte sich die in die Stadt zurückgenommene Besatzung am Nachmittag ergeben. Angriff wie Verteidigung waren rühmliche Waffentaten. Gleiches ist von der Belagerung Skutaris zu sagen, das sich am längsten hielt und von dessen wechselvollen Schicksalen noch die Rede sein wird.

Während dieser Kämpfe stellte sich auf beiden Seiten Kriegsmüdigkeit ein. Die Bulgaren hatten, während sie mit der Türkei im Kriege lagen, die Angelegenheiten Mazedoniens vernachlässigt und sahen mit tiefem Unmute, daß sich Serben und Griechen daselbst festsetzten. Deshalb besonders trat König Ferdinand mit der Türkei in Verhandlungen ein, die am 16. April zu einem Waffenstillstande auf dem größten Teil der Balkanhalbinsel führten. Nur um Skutari wogte noch der Kampf.

Das zeitliche und örtliche Einstellen der Feindseligkeiten war nicht etwa das Anzeichen einer friedlichen Stimmung im Südosten des Weltteiles. Im Gegenteil: unter den Balkansiegern brach der Streit um die Beute aus, und sie rüsteten gegeneinander bereits eifriger als zur Vertreibung der Türken aus deren europäischen Besitzungen. Aus den zwei ersten Balkankriegen wuchs der nächste hervor, in dem sich die Verbündeten untereinander zerfleischten, und wahrscheinlich ist die blutige Reihe von Kämpfen auch mit dem Weltkriege nicht abgeschlossen.

Das war aber noch das verhältnismäßig geringere Unheil. Die den Weltteil aufregende Unruhe hatte noch andere, tiefer liegende Ursachen. Die russischen und die österreichischen Rüstungen des Herbstes führten

auch in Deutschland und in Frankreich zu weitreichenden militärischen Maßregeln. Die deutsche Regierung kam — wie erwähnt — im März 1913 zur Kenntnis des im November 1912 geschlossenen englisch-französischen Bündnisses und arbeitete ebenso an der Verstärkung ihrer Wehrmacht wie Frankreich, das auf Andringen Rußlands die Wehrpflicht von zwei auf drei Jahre ausdehnte. Die große deutsche Wehrevorlage vom 7. April 1913 wie die französische glichen dem unterirdischen Grollen vor dem verderbenbringenden Erdbeben.

*

Belagerung Skutaris.

Schwäche des Wiener Kabinetts

Nach dem Waffenstillstande steigerten sich noch die Widerwärtigkeiten, welche die Balkankriege über Österreich-Ungarn gebracht hatten; sie erreichten in dem Streite um Skutari den Höhepunkt. Es war schon mißlich, daß die Serben, den Mahnungen des Wiener Kabinetts zum Trotz, Nordalbanien mit Durazzo besetzt hielten, was bei den Gegnern Österreichs Schadenfreude erweckte. Schlimmer noch war, daß König Nikolaus von Montenegro die Belagerung Skutaris mit allen Kräften fortsetzte. Es kümmerte ihn wenig, daß seine Verbündeten am 16. April Waffenstillstand schlossen, daß die Botschafterkonferenz Skutari Albanien zugesprochen hatte und daß deren Vorsitzender, Grey, die fortgesetzte Verrennung der Stadt im Unterhause am 25. März als „unnützes Gemekel“ und „verbrecherische Torheit“ gebrandmarkt hatte. Wußte doch der König, daß Europa gegen ihn nur Worte machte und er höchstens von dem bisher behutsam auftretenden Österreich-Ungarn etwas zu fürchten hatte. Im Februar schickte ihm Serbien ein Korps zu Hilfe, das von griechischen Schiffen über Saloniki an die Adria befördert wurde. Das war für Österreich-Ungarn um so peinlicher, als seinem Kaiser

von altersher das Protektorat über die Katholiken Albaniens zustand und die zahlreichen Bekenner seines Glaubens um Schutz flehten. Das Wiener Kabinett bestürmte die Londoner Botschafterkonferenz, von Montenegro die Erlaubnis des Abzuges der friedlichen Bewohner Skutari zu verlangen. Der König schlug auch das ab, bis das Wiener Kabinett am 22. März mit Waffengewalt drohte, worauf erst die Nichtkämpfer Skutari verlassen durften. Die Belagerung aber wurde, auch nachdem die Stadt von den Mächten den Albanesen zugesprochen war, fortgesetzt. Auf der einen Seite erhob die Londoner Konferenz in Belgrad und Cetinje Vorstellungen, endlich die Waffen ruhen zu lassen; andererseits aber mahnten die Mächte Österreich-Ungarn zur Geduld und verweigerten die Zustimmung zu dessen bewaffnetem Eingreifen, unter dem Vorgeben, alles werde sich friedlich schlichten lassen. Die Konferenz kam auf den Einfall, den König von Montenegro durch eine Flottenschau an der albanischen Küste und durch die Blockade Nordalbaniens zum Nachgeben zu bestimmen. Die Schiffe der Großmächte — Rußland war zwar nicht vertreten, übertrug aber dem französischen Admiral seine Vollmacht — versammelten sich an der Mündung der Bojana zu einer „Demonstration“, was aber die Montenegriner und Serben im Belagern und Stürmen nicht beirrte. Europa hätte, statt seiner Kriegsschiffe, um ein Spottwort Salisburys gelegentlich der Flottendemonstration gegen Griechenland 1880 zu wiederholen, ebenso viele Badewannen mit derselben Wirkung an die albanische Küste senden können.

Berchtold wollte noch immer nichts ohne Zustimmung der Botschafterkonferenz unternehmen, obwohl diese nur der Form nach seinen Wünschen Raum gab, tatsächlich aber Österreich-Ungarn dem öffentlichen Spotte aussetzte. Nur die deutsche Regierung stand ihm aufrichtig zur Seite; alle anderen Mächte hielten ihn mit Redensarten hin und Italien weidete sich an der Verlegenheit des Bundesgenossen. Wenn der österreichische Botschafter Mérey dem Grafen San Giuliano die Notwendigkeit militärischen Eingreifens darlegte, drückte der italienische Minister zwar seine Teilnahme aus, fügte aber hinzu, seine Regierung

wäre mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung des Landes nicht in der Lage, Österreich-Ungarn gegen Montenegro freie Hand zu lassen. Sollte das Wiener Kabinett, so fuhr er fort, trotzdem Truppen nach Skutari senden und die Stadt besetzen, so bliebe Italien nichts übrig, als seinerseits Valona in Verwahrung zu nehmen.

Das Zögern des Wiener Kabinetts hatte seinen Grund zum Teile im Gesundheitszustande des 83jährigen Kaisers. Sonst von ungewöhnlicher körperlicher und geistiger Frische, erkrankte er in den ersten Monaten des Jahres 1913 so schwer, daß sein Leben in Gefahr stand. Die Ärzte erklärten, Aufregungen müßten ihm unbedingt ferngehalten werden. Die Umgebung des Kaisers machte den Grafen Berchtold gewissermaßen für dessen Leben verantwortlich, so daß er mit dem Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand übereinkam, in der albanischen Frage sei eine hinhaltende Politik zu befolgen, damit man womöglich in einer Linie mit den Großmächten bleibe. Es stand zwar im Widerspruch mit dem ungestümen Naturell des Thronfolgers, daß Österreich-Ungarn in dieser Krise lange untätig blieb; doch glaubte er, zumal die deutsche Regierung energisch im Sinne der Mäßigung und der Vermeidung eines internationalen Konfliktes wirkte, die Verantwortung für die Folgen eines allgemeinen Krieges nicht auf sich nehmen zu können.

Darüber entstand zwischen dem Erzherzoge und dem Chef des Generalstabes, Conrad von Höhendorf, eine ernste Meinungsverschiedenheit. Die zwei Männer arbeiteten in der Regel zusammen, jetzt gingen ihre Wege auseinander. Conrad litt schwer unter der Minderung des Ansehens der Monarchie in Europa und verlangte, daß Österreich-Ungarn ohne Rücksicht auf die Konferenz, der es sich bedauerlicherweise verschrieben hatte, die Kanonen sprechen lasse. Man werde die Waffen nur zeigen müssen, um die Aufhebung der Belagerung von Skutari zu erzwingen. Aber auch vor dem Losschlagen scheute Conrad nicht zurück, worin ihm nicht bloß die Generäle, wie der Kriegsminister Krobatin und der in Bosnien kommandierende Potiorek, sondern auch der Reichsfinanzminister Bilinski beistimmten¹⁾. Er vermochte aber den um den Kaiser

¹⁾ So nach der Denkschrift Conrads an den Kaiser vom Januar 1914.

gezogenen Kreis der Ärzte und Hofwürdenträger nicht zu durchbrechen. „Es wird immer klarer,“ so äußerte er sich mit bitterem Anmute, „daß ich zum Chef des Generalstabes bestellt wurde, um mit meinem Namen eine schwächliche äußere Politik zu decken.“ Und er fügte hinzu: Nicht am Kaiser liege die Schuld, der in allen Lebenslagen für einen mutigen Rat empfänglich gewesen sei, sondern an der ihrer Aufgabe nicht gewachsenen Regierung.

So war der Fall Skutariß unabwendbar. Die Verteidigung wurde anfangs von Hassan Riza Beg geleitet, bis dieser unter unaufgeklärten Umständen ermordet wurde; man schrieb die Urheberchaft des Verbrechens dem General Essad Pascha zu, einem Albanesen, der darauf den Oberbefehl übernahm.

Unter beiden Führern erwehrten sich die Verteidiger mit Erfolg der Stürme des montenegrinisch-serbischen Heeres, die sich vorwiegend gegen den Sarabosch richteten, den die Stadt beherrschenden, wohlbefestigten Hügel. Da aber Essad Pascha nach der Fürstenwürde in Albanien strebte, zog er es vor, sich mit Montenegro zu verständigen; er übergab die Stadt am 23. April dem Könige Nikolaus, gegen das Recht freien Abzuges der Garnison, die er für seine ehrgeizigen Pläne zu verwenden gedachte. Von Moskau bis Prag und Ugram pflanzte sich der Jubelruf der slawischen Welt fort, begleitet von Hohn auf Osterreich-Ungarn, das in seinen Südprowinzen eine bewaffnete Macht zusammenhielt, ohne sich zum Eingreifen entschließen zu können.

Die Eroberung Skutariß war für Osterreich-Ungarn ein solcher Schlag, daß sich dessen Regierung endlich aufraffte. Noch am selben Tage eröffnete Berchtold den Großmächten, das Wiener Kabinett sei nicht willens, die ihm wie auch der Botschafterkonferenz zugefügte Beleidigung hinzunehmen. Sollten die Mächte nicht ohne Verzug gegen Montenegro militärische Maßregeln ergreifen, so werde die Donaumonarchie allein die Räumung Skutariß erzwingen; sonst, so erklärte der österreichische Botschafter in Petersburg, würde das europäische Konzert zum Gelächter.

Wie beim Hahnenschrei die Gespenster, so verschwanden bei dieser Ankündigung die Quertreibereien der europäischen Diplomatie. Der Form wegen mahnte Sazonow noch einmal in Wien zum Abwarten und San Giuliano legte das Gesicht in ernste Falten. Wirklicher Widerspruch aber erfolgte von keiner Seite. Die Voraussage Conrads traf auf's Wort ein. Sobald die österreichisch-ungarischen Regimenter zum Einmarsche in Montenegro bereitgestellt waren, erklärte König Nikolaus am 3. Mai seine Unterwerfung; er ließ nur um eine Verschiebung der militärischen Aktion bitten, um seine Truppen aus Skutari herausziehen zu können. Am Tage darauf wurde auch Durazzo von den Serben geräumt, nachdem sie seit November die Mahnungen Osterreich-Ungarns in den Wind geschlagen hatten.

Skutari aber ward am 14. Mai durch Truppen der verschiedenen Großmächte besetzt, um seinerzeit dem albanischen Fürstentum übergeben zu werden.

Jetzt erst, nach einem Waffendienste von 7 Monaten, wurden die österreichischen und ungarischen Heeressteile an der serbischen und montenegrinischen Grenze auf den Friedensstand gesetzt. All das hätte bei mutigem Auftreten schon geraume Zeit früher erreicht werden können.

*

Die Entscheidung der Botschafterkonferenz

Jetzt endlich waren die Dinge reif zum Friedensschlusse zwischen dem Balkanbunde und der Türkei, die in Europa nichts mehr zu verlieren hatte als ihre Hauptstadt. Strittig waren nur noch die Grenzen des schmalen, Stambul umgebenden türkischen Landgebietes und das Schicksal der Inseln des Ägäischen Meeres. Der Londoner Botschafterkonferenz fiel, da die beteiligten Staaten sich nicht einigen konnten, der Schiedsspruch zu. Bulgarien wollte, da es vom Bosporus ausge-

schlossen war, wenigstens am Marmarameer festen Fuß fassen und forderte hier eine Grenzlinie, die sich von Rodosto bis zum Kap Malathria am Schwarzen Meer erstreckte. Darauf ließen sich aber die Großmächte nicht ein. Adrianopel mochte den Bulgaren zufallen, am Marmarameer jedoch durften sie sich nicht einnisten.

Die Botschafterkonferenz zog also die Grenze von Enos am Ägäischen bis Midia am Schwarzen Meer, wodurch die Dardanellen und die Propontis ebenso türkisch blieben, wie der Bosphorus. So beschloßen es Rußland und Britannien, und die anderen Mächte waren damit einverstanden. Grey erhielt die Vollmacht, dem Balkanbunde in diesem Punkte den Willen Europas anzukündigen und nötigenfalls aufzuzwingen. Bei den Friedensverhandlungen entwickelte er sonst viel Geduld und Höflichkeit, jetzt griff er kräftig durch. Bei der entscheidenden Aussprache am 27. Mai lud er die Abgesandten der Balkanstaaten, die den Vorschlag der Großmächte annahmen, zur Unterzeichnung des Friedensvertrages ein, den anderen legte er nahe, London zu verlassen — eine ungasstliche Gebärde, die dem Hausherrn nicht wohl anstand, aber die beabsichtigte Wirkung hervorbrachte. Bulgarien hatte sich bereits mit seinen Bundesgenossen überworfen und wollte weitere Konflikte mit den Großmächten vermeiden; es gab mithin nach. So wurde der Vorfriede von allen Beteiligten unterzeichnet. Er ließ aber mehr Fragen unerledigt, als er löste. Festgelegt war nur, was die Türken in Europa verloren, dagegen zweifelhaft, wie diese Festlandsgebiete unter den Siegern zu verteilen waren; ferner was mit gewissen wichtigen Inseln des Ägäischen Meeres geschehen sollte. Aber die erstere Frage mußten sich erst die Sieger einigen, über die letztere ward den Großmächten der Spruch vorbehalten. Die Bestimmungen des Vorfriedens glichen offenen Pulverfässern, neben denen Feuer angezündet waren. Als der Londoner Friedenskongreß die Sitzungen schloß, waren alle Teile unbefriedigt, die Mitglieder des Balkanbundes auf dem Sprunge, übereinander herzufallen. Ein vielhundertjähriger Abschnitt der Geschichte des Balkans, der die Türkenherrschaft in sich schloß, war beendet, eine neue Zeit brach herein, in der das Schicksal der Balkan-

völker in deren eigene Hand gelegt war. Deshalb hörte aber das Blutvergießen nicht auf, nur daß die der Ketten Entledigten die Waffen gegeneinander lehrten.

*

Österreich-Ungarn und die großserbische Bewegung

Durch die Vorgänge während der zwei ersten Balkankriege war das Ansehen Österreich-Ungarns tief gesunken. Nicht bloß, weil es unwider-
rufflich zu Ende mit dem Traume war, daß die Habsburger jemals
wieder auf den Spuren des Prinzen Eugen von Savoyen wandeln
und die Straße nach Saloniki einschlagen würden. Darauf verzichtete
das Wiener Kabinett schon mit seinem Balkanprogramme vom Herbst
1912; den ganzen Winter hindurch erklärte es wiederholt, daß es für
sich nichts verlange, nur für Albanien die ihm gebührenden Küsten-
plätze und für Rumänien eine gewisse Erweiterung gegenüber Bul-
garien, damit sein Bundesgenosse bei der Teilung des türkischen Erbes
nicht leer ausgehe. Aber auch diese bescheiden gesteckten Ziele waren
nur mühsam oder gar nicht erreicht worden. Bulgarien sträubte sich
trotz dem Zureden der zwei Mittelmächte hartnäckig gegen die ihm
zugemutete Abtretung Silistrias, so daß sich in Bukarest die Ansicht
festsetzte, der Anschluß an den Dreibund böte nicht den geringsten
Vorteil. Sichtbar wurde der Einfluß der Mittelmächte weit von
dem der europäischen Randstaaten übertroffen, deren Freunde und
Schützlinge aus dem Kriege mit Lorbeeren und Landgewinn heim-
kehrten. Fast ebenso schlecht schnitt Österreich-Ungarn im Zwiste mit
Serbien und Montenegro ab. Wohl rettete es den Albanesen ein ge-
wisses verkleinertes Gebiet, aber das Ergebnis war wesentlich durch
das Zusammenwirken mit Italien erzielt worden und bloß, weil dieses
sich Albanien zum Verspeisen zurechtrichtete; ohne Italiens Fürspruch

hätte die Botschafterkonferenz dem Wiener Kabinett nicht einmal ihre platonische Mithilfe gewährt.

Das Verhältnis zu Italien gestattete der österreichischen Regierung ein Aufatmen mitten unter schweren Sorgen. San Giuliano kannte den nationalen Hegenkessel auf dem Balkan und sah voraus, daß Italiens Streben nach der Herrschaft über die Ostküste der Adria bei den Südslawen auf härteren Widerstand stoßen werde als bei Osterreich-Ungarn; deshalb hatte er den Dreibund schon anderthalb Jahre vor dessen Ablauf am 5. Dezember 1912 erneuert und unterstützte die Donaumonarchie mit den uns bekannten Vorbehalten in ihrem Kampfe um Durazzo und Skutari. Er ging aber noch weiter. Schon im Januar 1913 waren die drei verbündeten Regierungen in Kenntnis des im Jahre vorher geschlossenen französisch-englischen Marineabkommens, demzufolge die britischen Schiffe aus dem Mitteländischen Meere gezogen wurden, wogegen Frankreich seine ganze Kriegsflotte in dessen Gewässern vereinigte. Die Zusammenfassung aller französischen Seestreitkräfte in den Kriegshäfen von Toulon und Biserta bei Tunis gab den Italienern zu denken; sie empfanden den Druck gleich bei der ersten Gelegenheit in dem Streite um die albanischen Häfen, während dessen die französische Regierung den Griechen ihren Schutz gewährte und deren Ansprüche auf Valona begünstigte.

Diese Umstände bestärkten den italienischen Generalstab, dessen Chef Pollio ein überzeugter Anhänger des Dreibundes war, in dem Gedanken eines engeren, auch maritimen Zusammenschlusses mit Osterreich-Ungarn und Deutschland, was San Giuliano bei seiner politischen Gesamtrichtung billigte. Die Verhandlungen über ein Marineabkommen dauerten durch Monate; sie führten im April 1913 zu einer grundsätzlichen Einigung; doch fand die Unterzeichnung im Entwurfe erst am 23. Juni statt; die endgültige Konvention trägt das Datum des 2. August, sie sollte am 1. November 1913 in Kraft treten¹⁾.

Es ist bemerkenswert, wie tief sich Italien mit den Mittelmächten einließ, nicht etwa aus Gefühlsrücksichten, sondern aus dem Bedürfnisse

¹⁾ Vgl. Pribram, „Geheimverträge“, S. 308ff.

eines Rückhaltes gegen die übermächtige französische Flotte. Auf diesen Kampf ist das Abkommen zugeschnitten, an dessen Spitze die Worte stehen: „Die im Mittelmeere befindlichen Seestreitkräfte des Dreibundes vereinigen sich behufs Erringung der Seeherrschaft im Mittelmeere durch Niederkämpfung der feindlichen Flotte.“ Italien hielt die französische Gefahr für so ernst, daß, wahrscheinlich auf seinen Vorschlag, gleich damals die Ernennung eines gemeinsamen Oberbefehlshabers der verbündeten Flotten für den Kriegsfall vereinbart und zu diesem Amt der österreichisch-ungarische Admiral Haus bestimmt wurde; ihm wären bei dem Bundeskriege alle Streitkräfte, auch die Italiens, untergeordnet gewesen. Damit erkaufte sich das römische Kabinett die ihm genehme Einteilung und die Hilfe auch der österreichisch-ungarischen Flotte. Etwa ein Drittel derselben blieb zur Verteidigung in der Adria zurück, zusammen mit nicht mehr als vier italienischen Panzern. Dagegen hatte Österreich-Ungarn zwei Drittel seiner Flotte ins Mittelländische Meer zu schicken, die sich mit den zwei italienischen Geschwadern und mit vier deutschen Kriegsschiffen zu vereinigen hätten. Die verbündeten Geschwader sollten sich an der Ostküste Siziliens treffen und Admiral Haus hätte sie zunächst gegen den französischen Kriegshafen Biserta zu führen, um die Franzosen zu schlagen und die Überschiffung von Landtruppen aus Nordafrika nach dem Mutterland zu verhindern. Gelang dies, dann sollte sich die verbündete Flotte nach dem Norden des Mittelländischen Meeres wenden, wo Italien bloß ein schwaches Geschwader zurückzuhalten hatte, um hier der französischen Hauptflotte mit ihrem Stützpunkt Toulon die Spitze zu bieten. Die Österreicher und die Deutschen waren also die Hilfgewährenden, welche die italienischen Häfen und Küsten vor Beschießung und Brandschatzung bewahren sollten; begreiflich, daß der Oberbefehl bei dem gemeinsamen Werke dem österreichisch-ungarischen Admiral übertragen ward. In dem Abkommen waren alle Panzerschiffe der Verbündeten dem Zwecke entsprechend eingestellt; für die Österreicher ward der Hafen Augusta an der Ostküste Siziliens, für die späteren Operationen der Kriegshafen auf der Insel Maddalena

nordöstlich von Sardinien als Sammelplatz bestimmt; Italien verpflichtete sich, schon im Frieden für die Anstalten zur Aufnahme der Verbündeten zu sorgen. Dies alles galt für den Kriegsfall, über dessen Eintritt, da das Notwendige darüber bereits im Dreibundvertrag festgesetzt war, keine weitere Abmachung erfolgte. Wunderbar, wenn man das Abkommen mit Italiens Abfall 1915 zusammenhält. Nun sind Verträge auch sonst oft gebrochen worden; das Eigene an der italienischen Politik war aber, daß sowohl mit dem Dreibund wie mit dessen Feinden abgeschlossen wurde, in dem festen Vorsatze, es mit dem im Kampfe Stärkeren zu halten und den Schwächeren zu verraten.

Darauf machte sich auch das Wiener Kabinett gefaßt; der Chef des Generalstabes Conrad und Admiral Haus wenigstens rechneten mit voller Bestimmtheit auf den Abfall Italiens. Graf Berchtold nahm die für den Augenblick nützliche Freundschaft Italiens immerhin mit, und daraufhin wagte er es nach der Eroberung Skutariß, Osterreich-Ungarns Ehre als Großmacht mit einem letzten Ruck wiederherzustellen. Auch der russischen Regierung hatte er sich bis zu einer gewissen Linie versichert. So glückte die Sache; in den Augen der Südslawen freilich hatte Osterreich-Ungarn ausgespielt.

Es ließe sich darüber streiten, aus welchen Gründen Serbien und Montenegro der Donaumonarchie durch sieben Monate Trotz bieten konnten, wenn die russische Regierung sich nicht darüber ausgesprochen hätte. Nach dem am 11. März mit Osterreich-Ungarn über die beiderseitigen Rüstungen geschlossenen Ausgleich wünschete das Petersburger Kabinett die rasche Schlichtung auch der albanischen Frage, sah aber seine Absicht von Montenegro durchkreuzt, weshalb es am 10. April eine öffentliche Erklärung erließ, in der dem unbotmäßigen Vasallen eine Strafpredigt gehalten wurde¹⁾. „Als die Skutarifrage gelöst wurde,“ heißt es darin, „ward der König freundschaftlich davon in Kenntnis gesetzt, unter Hinweis auf die schwere Verantwortung, die er auf sich nehme, wenn er weiterhin seinen Widerstand fortsetze. Dann wurde

¹⁾ Die Übersetzung dieses Regierungsartikels findet sich in Schultzeß, „Europäischer Geschichtskalender“, 1913, S. 614.

ihm der Rat erteilt, sich den Beschuldigungen, persönliche Gesichtspunkte zu verfolgen, indem er die Montenegriner nutzlosen Massakers preisgebe, zu entziehen. Als diese Schritte bei König Nikolaus erfolglos blieben, wurde klar, daß er mit der Einmischung Rußlands und der Großmächte und einem europäischen Kriege rechnete... Die russische Regierung kann nicht von ihrem Standpunkte abgehen, daß ihre Verantwortlichkeit vor dem russischen Volke in erster Linie die Pflicht in sich schließe, kein russisches Blut zu vergießen, wenn es nicht die Interessen des Vaterlandes fordern.“

In dieser Zurechtweisung war der Kern aus der Hülle geschält und festgestellt, daß Montenegro einen europäischen Krieg entzünden wollte, um das großserbische Programm durchzuführen; und dasselbe galt von den Hintermännern des Königs Nikolaus in Moskau und in Belgrad, von den Panlawisten wie von den Männern der großserbischen Bewegung. Das Schlimme war, daß die russische Politik ein doppeltes Antlitz zeigte. Während der Zar und Sazonow zu einem Ausgleich bereit waren, arbeiteten ihnen in Montenegro die zwei mit den Töchtern des Königs Nikolaus vermählten Großfürsten entgegen, und der Gesandte Hartwig spornte in Belgrad die Regierung an, sich nicht an den Einspruch Österreich-Ungarns zu kehren. Dieses werde es nicht wagen, den Südslawen mit den Waffen entgegenzutreten; nach Wien kam die Nachricht, Hartwig habe Serbien zur Absendung des gegen Skutari bestimmten Hilfskorps ermutigt; er sei mit Pašić ein Herz und eine Seele. Die Unbotmäßigkeit der panslawistisch gesinnten russischen Diplomaten war eines der gefährlichsten Elemente.

Wir erinnern uns übrigens, daß Pašić schon 1908 in der entscheidenden Sitzung des serbischen Kabinetts, entgegen dem Räte des Ministers des Äußeren, Milovanović, für den Krieg mit Österreich-Ungarn gestimmt hatte; aber auch der letztere wandte sich bald darauf der Kriegspolitik zu, indem er den Balkanbund vom 13. März 1912 mit der ausgesprochenen Absicht schloß, die Streitkräfte der verbündeten Staaten zuerst gegen die Türkei, dann gegen Österreich-Ungarn zu vereinigen.

In dem genannten Vertrage war Mazedonien zum übergroßen Teile den Bulgaren überlassen worden, um sie für einen Krieg zur Eroberung Bosniens zu gewinnen. Das war die ausgesprochene Absicht Pašić', als er kurz darauf die Leitung der Staatsgeschäfte übernahm. Diesen leitenden Gedanken hielt er auch fest, als Serbien mit Bulgarien über die Teilung der Beute in Streit geriet. Wäre es nach ihm gegangen, so hätte sein Land in Mazedonien ein Opfer gebracht, wofür es sich in Bosnien entschädigen sollte. Diese bulgarenfreundliche Gesinnung zog ihm im Frühjahr 1913 den Haß der serbischen Offiziere zu, die ihm vorwarfen, er beabsichtige die Stammesgenossen in Mazedonien leichtfertig preiszugeben. Auch nach dem Kriege mit Bulgarien ließ er seinen Gedanken nicht fallen, er sprach sich in diesem Sinne im Februar 1914 zum Zaren aus; man könne — meinte er — Bulgarien gewisse Zugeständnisse machen, „wenn es bei der Lösung der serbisch-kroatischen Frage behilflich sein wolle“¹⁾. Wenn Serbien also — für diesen Plan wollte er nach seinem eigenen Berichte über das Gespräch den Zaren gewinnen, — mit Hilfe Bulgariens die kroatisch-südslawischen Länder eroberne, konnte der dem Zaren verhaßte König Ferdinand begnadigt werden. Begreiflicherweise leugnete die serbische Regierung amtlich ihre Absicht ab und gab sich im März und April 1913 den Anschein, daß sie sich gern mit Österreich-Ungarn ausöhnen würde, wenn dieses nur Durazzo den Serben überlassen wollte; darauf zielte auch eine von Pašić im März 1913 nach Wien unternommene Reise. Es gab gewichtige Gründe für Österreich-Ungarn, sich nicht gegen die Ausdehnung Serbiens ans Meer zu stemmen und nicht alle Kraft an dieses Ziel zu setzen; es wäre aber naiv zu glauben, daß die großserbischen Treiberen aufgehört hätten, wenn das Wiener Kabinett in der albanischen Frage zurückgewichen wäre. Nach den Siegen Serbiens über die Türkei, nach den Gefechten von Kossowo, Prilep und nach seinem rühmlichen Anteil an der Eroberung Adrianopels und Skutaris war das Selbstgefühl des Volkes mächtig geschwellt, das Vertrauen auf die

¹⁾ So nach dem eigenen Berichte Pašić' über seine Audienz beim Zaren bei M. Boghišewitsch, „Kriegsursachen“, S. 177.

eigene Kraft so groß, daß die Waffenentscheidung mit Österreich-Ungarn nur eine Frage der Zeit war. Da jedoch Serbien mit der nördlichen Großmacht und seinem achtungsgebietenden Heere aus eigener Kraft nicht fertig werden konnte, erwarteten die großserbischen Patrioten die Erfüllung ihrer Wünsche von einem europäischen Kriege. Allerdings ließ die russische Regierung in ihrer Erklärung vom 10. April 1913 der Welt sagen, daß sie das Blut der Söhne des Reiches nicht für die großserbischen Ansprüche werde dahinströmen lassen, und sie war damals noch stark genug, um die Moskauer Panlawisten und die anderen kriegslustigen Elemente, den Großfürsten Nikolaus und die Generale, niederzuhalten. Daher mußten die Serben und die Montenegriner Durazzo und Skutari räumen; aber der Stachel blieb bei ihnen zurück und sie ließen die Donaumonarchie die ihnen bereitete Niederlage entgelten. Mehr als je litt Österreich-Ungarn durch die Aufpeitschung des Nationalgeistes in seinen südslawischen Ländern, durch großserbische Verschwörungen und Mordanschläge, bis von Bosnien aus die Kriegsfurie entfesselt wurde.

